

Dr. rer. nat. Susanne Pedersen

Breite Front gegen den blauen Dunst

Werbeverbot für Tabak

Diesen Herbst wird es ein weitgehendes Werbeverbot für Tabak geben. Das ist zumindest äußerst wahrscheinlich, nachdem der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg vorgeschlagen hat, die Klage Deutschlands gegen die EU-Tabakrichtlinie abzuweisen. Diese Entscheidung würde den Strauß von Maßnahmen gegen die Tabaksucht erweitern. Es rauchen gerade die Jüngsten und vermehrt Mädchen und Frauen.

Das drohende Tabakwerbeverbot

EU-Tabakrichtlinie

Im Mai 2003 hat die Europäische Union (EU) eine Tabakrichtlinie verabschiedet, wonach Zigarettenwerbung in Zeitungen, Zeitschriften, im Rundfunk und Internet weitgehend verboten ist. Durch diese einheitlichen Regeln will Brüssel eine „Fragmentierung des Binnenmarktes“ verhindern. Die Bundesregierung war angehalten, diese Richtlinie bis zum 31. Juli 2005 in deutsches Recht zu übertragen. Die EU-Kommission drohte bereits mit einer Klage.

Am 13. Juni 2006 hat nun der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Philippe Leger, den höchsten EU-Richtern vorgeschlagen, die Klage der Bundesrepublik



Abb. 1: Rauchen - Genuss oder Ausweichen?

Deutschland gegen das Tabakwerbeverbot abzuweisen. Eine Vorentscheidung ist damit getroffen, da der Generalanwalt in den allermeisten EuGH-Verfahren die Entscheidungslinie vorgibt. Streitpunkt ist, dass die Bundesregierung in der Einschränkung der Tabakwerbung eine Einmischung in nationale Gesundheitspolitik sieht, der Generalanwalt jedoch eine Störung des Binnenmarktes.

Werbewirtschaft

Ein Aufschrei geht nun durch die Werbewirtschaft, 5000 Arbeitsplätze seien gefährdet. Nach Angaben des Zentralverbandes der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) kostet das drohende Werbeverbot allein Zeitungen, Zeitschriften, Sponsorempfänger und Online-Dienste 118 Millionen Euro pro Jahr. Hoffnung schöpft der ZAW aus der Möglichkeit, die EU-Richtlinie nur auf grenzüberschreitende Printmedien anwendbar zu gestalten und appelliert entsprechend in Richtung Bundesregierung. Damit wären nur die wenigen Exemplare betroffen, die im EU-Ausland verkauft werden.

Tabak – Eine (noch) gesellschaftsfähige Sucht

Sucht ist Flucht

Jede Sucht ist eine Flucht nach Irgendwo. Hinter jeder Sucht steckt die Angst vor dem Versagenssein, vor Trennung und das Erlebnis eines existenziellen Mangels. Der Süchtige spürt in sich eine innere Leere, eine Traurigkeit, von der er nicht sagen kann, woher sie kommt. Er versucht diese Gefühle, die ihn bedrohen, durch das Suchtmittel zu überdecken oder zu beheben. Im Rausch sucht er eine euphorische Stimmung, den Schein der Harmonie. Mit immer neuen Tätigkeiten will er sich von seinem eigentlichen Leid, dem Erlebnis des Mangels und des Nicht-richtig-Seins ablenken.

Psychoanalytiker vermuten hinter süchtigem Verhalten frühe Störungen der kindlichen Seele.

Das Suchtverhalten resultiert fast immer aus einem Ausweichen vor Konflikten.

Solche Menschen haben nie gelernt oder durften nicht lernen, einen Konflikt auszuhalten oder zu lösen. Wir lernen schon früh uns mit Ersatz zufriedener zu geben. Ursache ist ein immer stärker werdender Anpassungsdruck an die moderne Leistungsgesellschaft, den viele Erwachsene nur schlecht aushalten, und den sie an ihre Kinder weitergeben.

Dopamin

Der Nervenbotenstoff Dopamin ist mitverantwortlich, wenn der Mensch sich hellwach und glücklich fühlt. Jede Zigarette erhöht den Dopaminspiegel im Gehirn und macht dadurch süchtig und das immer mehr. Das Leben erscheint nach einer Zigarette fröhlicher, man ist fitter, dynamischer und erlebt eine tolle Denkschärfe.

(Fast) jeder tut es!

Alkohol trinken, Essen gehen oder eine Zigarette rauchen. Das ist doch schön, oder? Gibt es etwa daran etwas auszusetzen? Problem ist, dass es sich bei Alkohol und Tabak um legale Drogen handelt, bei denen das Suchtpotenzial heruntergespielt und bagatellisiert wird. Gastwirte haben bis Anfang des nächsten Jahres eine Frist von der Bundesregierung gesetzt bekommen, wonach in 60 % aller Gaststätten mindestens 40 % Nichtraucherplätze angeboten werden müssen. Sollte der Gastronomie dies bis dahin nicht gelungen sein, droht ein gesetzliches Rauchverbot. Die Gesundheitsministerin Schmidt und der Verbraucherminister Seehofer sind sich jedenfalls seit August 2006 einig, dass ab 2007 ein Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen und Gaststätten gelten soll. In Gaststätten sollen drei Viertel der Plätze Nichtrauchern vorbehalten sein. Ich frage mich, warum sich deutsche Gastronomen so stark wehren. Im restlichen Europa haben viele Betreiber von Hotels und Gaststätten inzwischen gemerkt, dass durch Nichtraucherbereiche der Umsatz nicht leidet, sondern sogar das Gegenteil eintritt.



Dr. rer. nat. Susanne Pedersen

Studium der Wirtschaftsmathematik in Ulm, seit 1999 in eigener Praxis als Heilpraktikerin mit den Schwerpunkten Elektroakupunktur nach Dr. Voll, Orthomolekulare Medizin und Dorntherapie tätig. Adipositas-Therapie mit dem forever young-Konzept. Durch enge Zusammenarbeit mit der Zahnarztpraxis Ihres Mannes Dr. med. dent. Jürgen Pedersen Einbeziehung von Zähnen und zahnärztlichen Werkstoffen in Diagnostik und Therapie. 2005 Promotion in Medizininformatik zum Dr. rer. nat. mit dem Schwerpunkt „Interoperabilität im Gesundheitswesen“. Sie betreut in COMED die ständige Rubrik „Gesundheitspolitik“.

Kontakt:

Quellentäl 2, D-26340 Neuenburg
Tel: 04452/1299,
praxis.pedersen@t-online.de, www.drpedersen.de

Vereinbarung mit der Tabakindustrie

Interessanterweise gibt es eine Vereinbarung vom März 2002 zwischen der Bundesrepublik und der Tabakindustrie, bei der 11.800.000 EUR in die Tasche des Bundesgesundheitsministeriums fließen. Angeblich ist keine Gegenleistung mit der Zahlung verbunden, doch wird die Verwendung des Geldes deutlich festgelegt. Ausschließlich die Prävention des Rauchens von Kindern und Jugendlichen soll verfolgt werden. Es dürfen aber weder die Zigarettenindustrie, deren Produkte noch der Zigarettenhandel diskriminiert oder der erwachsene Raucher verunglimpft werden. Ein so genannter Sachverständiger informiert die Tabakindustrie umfassend von den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung, hat volles Einsichtsrecht in die komplette Projektplanung und soll bereits bei der Entwicklung der Präventionsmaßnahmen einbezogen werden. Schlimm, wer Böses dabei denkt.

Lebensumstände der Zukunft

Nach der Einschätzung des Zeitmanagement-Experten Lothar J. Seiwert werden sich unsere Lebensumstände, unter anderem wegen des Fortschritts der Informationstechnologie, in immer kürzeren Zeiträumen verändern. Folgende Trends werden die Entwicklung kennzeichnen:

- Dematerialisierung
- Dezentralisierung
- Beschleunigung

Dematerialisierung

Nicht die Bodenschätze werden der Reichtum sein, sondern vielmehr das Know-How, das Länder, Unternehmen oder Personen haben. Die künftigen Vermögen werden also mit Wis-

sen verdient. Schlüsselworte sind beispielsweise die Gen-, Bio-, Nano- und Informationstechnologie.

Dezentralisierung

Mit den Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien lösen sich Bindungen an Orte auf. Früher war die gesamte Wertschöpfung beispielsweise auf ein Fabrikgelände konzentriert. Heute verdienen virtuelle Unternehmen viel Geld. Früher bildeten Unternehmen und Ort eine Einheit und auch die Bindung zwischen Mitarbeiter und Firma hatte eine lebenslange Perspektive.

Beschleunigung

Wissenschaftler sprechen davon, dass wir uns auf eine „Non-Stop-Gesellschaft“ hinbewegen, in der das Nonstop das anzustrebende Ideal ist. Verlängerung der Maschinenlaufzeiten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, 24 h Einkauf ohne Begrenzung der Ladenschlusszeiten, jederzeitige Erreichbarkeit über Mobilfunk und vieles andere sind die Ausprägungen dieses Non-Stop-Denkens. Prof. Seiwert stellt aus meiner Sicht völlig zu Recht die These auf, dass, wenn wir keine Regeln für den Umgang mit den neuen Kommunikationsmitteln entwickeln, wir immer weniger einer Person, einer Situation oder einer Aufgabe unsere volle Aufmerksamkeit schenken können.

Fazit

Es ist unsere Pflicht, als Erwachsene gute Vorbilder für unsere Kinder zu sein. Das beinhaltet auch den Umgang mit den verschiedenen Stoffen, die zur Sucht werden können, eben auch den Tabak. Frühzeitige Aufklärung und ein gesundes Umfeld mit Perspektiven für die Zukunft gehören dazu. Es kann nicht sein, dass eine Zwölfjährige 100 kg Körpergewicht mit sich herumträgt, 11-jährige schon zum Glimmstengel oder Alkopop greifen. Vor allem die Familie muss Sorge dafür tragen, dass Kinder und Jugendliche Halt und Struktur in ihrem Leben finden. Wenn schon Erwachsene zu „Hilfen“ in Form von Tabletten, Alkohol oder eben Zigaretten greifen und so vorleben, wie sie Probleme lösen, schauen sich die Kinder diese Art der Konfliktbewältigung ab. Eine Aufklärung mit Worten ist dann nicht mehr wirklich wirksam. Daher ist unsere kleinste soziale Einheit, nämlich die Familie, das Entscheidende.

Schon heute können viele Menschen anderen Mitmenschen leider nicht mehr richtig zuhören. Es entstehen immer mehr Single-Haushal-

te. Unsere sozialen Bedürfnisse werden nur noch der Leistung geopfert, wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird. Wundern Sie sich noch über die Zunahme der psychischen Erkrankungen? Ich nicht! Leistung muss sein, Strebsamkeit und Fleiß haben auch noch niemandem geschadet, es kommt aber auf das Maß an und eine Balance im Leben.

Das Tabakwerbeverbot ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wichtiger ist, dass wir wieder alle den richtigen Lebensrhythmus finden bzw. behalten können.



Literaturhinweise

G. Moeckl: „Flucht nach Irgendwo“, Spektrum-Verlag GmbH, Stuttgart, 2. Auflage 1992.

T. Blasius und O. Reichert: „Tabakwerbung auf der Kippe“, Nordwest-Zeitung, 14. Juni 2006.

U. Strunz: „Frohmedizin“, Wilhelm Heyne-Verlag, 2002.

Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tabakindustrie, Datei „vereinbarung-pdf-2363.pdf“ von der Internetseite des Bundesministeriums für Gesundheit, Rubrik Tabak/Alkohol

R. Buchsteiner: „Rauchverbot: Regierung stellt Wirten ein Ultimatum“, Nordwest-Zeitung, 4. August 2006.